

Vorbemerkung

Das vorliegende Dokument beschränkt sich auf den Vergleich der außen- und sicherheitspolitischen Aspekte in den relevanten Programmen der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD. Die Positionen der Parteien CDU, CSU und FDP sind in einem anderen Dokument abgehandelt. Die dort enthaltenen Ergebnisse können zu einem späteren Zeitpunkt integriert werden.

Es wird bewusst darauf verzichtet, begrifflich oder definitorisch Außenpolitik von EU-Politik sowie Sicherheitspolitik von Friedenspolitik abzugrenzen. Die Unterscheidungen in der Vergleichstabelle rühren von den Aussagen der betrachteten Parteien her.

Die Unterteilung in thematische Einzelgruppen, z.B. „EU“ oder „NATO“ stellt hier nur einen Versuch dar, die Programme der genannten Parteien vergleichbar zu machen. Die Zuordnung einzelner Aussagen zu diesen Gruppen ist nicht unbedingt eindeutig. Diese Gruppierung stellt keinen Vorgriff auf die Linien einer zukünftigen piratischen Außen- und Sicherheitspolitik dar, sondern ist lediglich ein Hilfsmittel.

Stand 28. Juni 2012

Die Synopsen CDU-CSU-FDP und B'90/Grüne-Linke-SPD sind hier zusammengeführt in einem Dokument, auf dessen Basis definiert werden kann, zu welchen Punkten die Piratenpartei Positionen formuliert bzw. programmatisch Stellung nimmt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Das Dokument ist vorläufig noch als „Entwurf“ gekennzeichnet.

Die thematischen Einzelgruppen (s.o.) beginnen der Übersichtlichkeit halber jeweils auf einer neuen Seite.

Die EU-Wahlprogramme sind nicht eingearbeitet.

Neue Einzelgruppe „Terrorismus/Gefahren“.

Neue Untergruppen-Titel hinzugefügt.

Abkürzungen

tbd	to be defined
n/a	not available (or) not applicable

Quellen

	Partei	Link
1.	Bündnis90/Die Grünen	Programme via Homepage (www.gruene.de) und Heinrich-Böll-Stiftung (www.boell.de)
	a) Grundsatzprogramm [2002]	http://www.boell.de/images/stiftung/2002_Grundsatzprogramm.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://www.boell.de/downloads/stiftung/2009_Wahlprogramm.pdf
	c) Europa-Wahlprogramm 2009	http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf
2.	Die Linke	Programme via Homepage (http://www.die-linke.de/)
	a) Grundsatzprogramm [2011]	http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV_LWP_BTW_090703b.pdf
	c) Europa-Wahlprogramm 2009	http://die-linke.de/fileadmin/tpl/gfx/wahlen/pdf/europawahlprogramm2009_neu.pdf
3.	SPD	Programme via Homepage (www.spd.de) und Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de)
	a) Grundsatzprogramm [2007]	http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://library.fes.de/prodok/ip-02016/regierungsprogramm2009_if_navi.pdf
	c) Europa-Wahlprogramm 2009	http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf
4.	CDU	
	a) Grundsatzprogramm [2007]	http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf
5.	CSU	
	a) Grundsatzprogramm [2007]	http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf
6.	FDP	
	a) Grundsatzprogramm [2012]	http://www.chancen-fuer-morgen.de/aktuelles/wp-content/uploads/Karlsruher-Freiheitsthesen.pdf
	b) Wahlprogramm 2009	http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf

Wo nötig werden Quellen mit einer Notierung in eckigen Klammern z.B. „[3b]“ referenziert. Zitate stehen in «».

Übersicht über die Einzelgruppen

- [Fokus/allgemein](#)
- [EU](#)
- [Russland](#)
- [Türkei](#)
- [Europa](#) (ohne EU, Russland)
- [Außenpolitik](#) (ohne EU, Europapolitik)
- [NATO](#)
- [Sicherheitspolitik](#) (allgemein/ohne NATO)
- [Friedenspolitik](#)
- [Internationale Organisationen](#) (ohne EU, NATO)
- [Entwicklungspolitik](#)
- [Wehrpflicht](#)
- [Waffensysteme](#)
- [Terrorismus/Gefahren](#)

Bemerkung: [Strg]+Klick führt zu der entsprechenden Einzelgruppe. Zur Übersicht zurück geht es mit [Strg]+Klick auf das Piraten-Logo im Seitenkopf. Das gilt nicht für die PDF-Version

Vergleichstabellen

■

FOKUS/allgemein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten ¹
- Vision	<p>«Unsere Vision ist die Herausbildung einer neuen internationalen Ordnung, die nach menschenrechtlichen, ökologischen, sozialen, demokratischen, friedlichen und freiheitlichen Maßstäben gestaltet wird.» [1a]</p> <p>«Wir setzen uns für ein »Kyoto-Plus«-Abkommen ein: ein völkerrechtlich verbindliches, weltweites Klimaregime, das die Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 sicherstellt. Dazu müssen die Industrieländer vorangehen und ihre Emissionen um mindestens 80 Prozent verringern.» [1b]</p>	<p>«...Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen in Europa und weltweit...»[2a] «Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden,» [2b]</p> <p>«Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokratische Rechte durchsetzt»</p>	<p>«Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen.»</p> <p>«Dafür gilt es eine Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen auszubilden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu schaffen.»</p> <p>«[F]inanzielle und wirtschaftliche Stabilität, Abwendung der Klimakatastrophe, Sicherung der Ökosysteme und Schutz vor Seuchen [sind] globale politische Aufgaben»[3a]</p>	<p>Der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen dient unseren eigenen Interessen.</p>			

1 Diese Spalte enthält Verweise auf Endnotes mit Vorschlägen für piratische Positionen in geschweiften Klammern {}.

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

5/31

FOKUS/allgemein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- Armut/Interessens- ausgleich	Linderung der Folgen der Globalisierung; Bekämpfung der Armut «Der Neue Gesellschaftsvertrag muss ein globaler sein. Er setzt auf Kooperation, Dialog und fairen Interessenausgleich: zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd.» [1b] ²	«Wir wollen eine Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die konsequent sozial und ökologisch ausgerichtet ist und <i>stärker die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigt.</i> » «DIE LINKE fordert, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ihren finanziellen und technischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern sowie zu dessen Begrenzung ohne jede Vorbedingungen in der notwendigen Höhe leisten.» [2a]	«Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung wollen wir deshalb bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen.» «...Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden» [3a] «gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit» [3a];				
- Sicherheit	«Stärkung kollektiver Sicherheit» (Nato/EU/WEU ³) [1a]	«DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege.» [2a]					

² „Neue[r] Gesellschaftsvertrag“: Das ist eine Anmaßung [JS].

³ WEU = Westeuropäische Union (kollektiver militärischer Beistandspakt, am 23. Oktober 1954 von Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, der Bundesrepublik Deutschland und Italien gegründet, Ende Juni 2011 aufgelöst)

ENTWURF

FOKUS/allgemein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
-Rüstungskontrolle	«Wir wollen Deutschland und Europa zur treibenden Kraft bei Abrüstung und Rüstungskontrolle machen» [1b]	«[DIE LINKE] will, dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird.» [2a]	«Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg.» für «effektive[n] Rüstungskontrolle, [der] Rüstungsbegrenzung und [der] Abrüstung.» [3a] «Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik, die zudem auf hohem Niveau weiter europäisch harmonisiert werden sollte. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungs-exportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik, die insbesondere auch Kleinwaffen einschließt ...» [3b]				
- Massenvernichtungswaffen	«Welt ohne Massenvernichtungswaffen» [1a]	«...frei von Massenvernichtungswaffen»	«...Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Der <u>Weltraum</u> muss von Waffen frei sein.» Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter stärken [3a] «Eine Welt ohne Atomwaffen.» «Konventionelle Abrüstung wieder beleben» [3b]			«Herausforderungen des Cyberspace und des <u>Weltraums</u> . » [6a]	{}

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

7/31

FOKUS/allgemein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- Gewalt/Gewaltmonopol	«Gewalt lässt sich nicht immer verhindern. Gleichwohl setzen wir mit unserer Politik auf gewaltfreie Lösungen.» [1a]		«Der Einsatz militärischer Mittel bleibt für uns Ultima Ratio.» [3a] «Staatliches Gewaltmonopol sichern. Wir wollen den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste zurückdrängen und setzen uns für strenge nationale und internationale Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen ein» [3b]				
- Todesstrafe	«...gegen Folter, Todesstrafe , willkürliche Verhaftungen und gegen Rassismus, gegen die Versklavung von Kindern und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung...» [1a]		«Die Todesstrafe soll weltweit geächtet werden.»			Weltweite Abschaffung der Todesstrafe sowie menschenverachtender Verhörmethoden. [6b]	
- andere			Multilateralismus «Deutschland ist Einwanderungsland.»				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

8/31

FOKUS/allgemein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- Menschenrechte	«Die Einhaltung der Menschenrechte ... darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.» [1a]		«Die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die Millenniumsentwicklungsziele bestimmen unsere internationale Politik.» [3a]				
- Kultur			«Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken.» [3b]		« Ziel der deutschen Politik muss es sein, die deutsche Sprache im Ausland zu vermitteln und zu fördern. » [5a]	Deutsche Kultureinrichtungen wie Goetheinstitute und Auslandsschulen sind die Brücken unserer werteorientierten Außenpolitik. [6b]	

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

9/31

■

EU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- D und EU	«Deutschland kann angesichts seiner Geschichte und geografischen Lage seine Rolle nur im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses finden.» [1a];	«Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden.» [2a]	«Die Europäische Union muss unsere politische Antwort auf die Globalisierung werden.» [3a] «Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen.» [3a]	Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas übernehmen.		Vertiefung der Europäischen Union. Wir wollen die politische Union Europas, durch Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten legitimiert.	
- Erweiterung/Grenzen	«Wir wollen keine „harten“, ausschließenden Außengrenzen der EU.» [1a]; «EU der Kern eines gesamteuropäischen Netzwerks» [1a]	«...Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut...»	«Gegenüber Staaten der Region, die auch mittelfristig nicht der Union beitreten können, entwickeln wir die europäische Nachbarschaftspolitik fort.» [3a]		«Europa hat für uns neben den geographischen Grenzen auch dort seine Grenzen, wo geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten fehlen.» [5b]	Die Europäische Union bleibt offen für neue Mitgliedsstaaten.	
- Union der Bürger/innen	«Unser Ziel ist eine EU, die zugleich Union der Bürgerinnen und Bürger und Union der Staaten ist.» [1a]		«Wir wollen das Europa der Bürger schaffen.» [3a]				
- europäische Verfassung	Schaffung einer «europäische(n) Verfassung als Fundament der europäischen Demokratie» unter «Beachtung des Subsidiaritätsprinzips» [1a] «Wir brauchen eine starke, demokratische EU – für eine bessere Welt. Deshalb halten wir am Ziel einer echten Verfassung für Europa fest.» [1b]	«Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können. » [2a]	«Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.» [3a]		<i>Subsidiarität als Ordnungsprinzip für die Aufgabenverteilung in Europa.</i> <i>Weg in einen europäischen Staat wird ablehnt.</i>		
- Direktwahl des Kommissionspräsidenten	Direktwahl des/der Kommissionspräsidenten/in oder durch das EU-Parlament		«Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.» [3a]				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

10/31

EU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	Forderung nach gemeinsamem europäischem Wahlrecht; europäische Listen						
			«Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden.» [3a]				
	Weiterentwicklung GASP ⁴ (nicht weiter ausgeführt); «Deshalb unterstützen wir die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik...» [1b]		«Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an.» [GASP] [3a]	Bekenntnis zur GASP und ESVP. Europäische Armee als Fernziel.	Bekenntnis zur GASP und ESVP	Bekenntnis zur GASP Bekenntnis zu einer EU-Friedens- und Sicherheitsstrategie.	
				Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft. Das Christentum ist wesentlich für die europäische Identität.	Europa als Wertegemeinschaft. Bekenntnis zum Christentum als Grundlage Europas.		

⁴ GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
29.06.2012

EU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
		«Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben.» [2a]	<p>«Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten.»</p> <p>«Arbeitnehmerrechte [dürfen] nicht an den Grenzen Halt machen.» [3a];</p> <p>«Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden.»</p> <p>«Als wesentliches Element einer zukünftigen europäischen Sozialunion fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen ...»[3b]</p>				
			Euro-Steuern («Wir plädieren für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle.» [3a])				
			«Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun.» [3a]				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

12/31

EU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
		«...gegen die ... Militarisierung der EU- Sicherheits- und Verteidigungspolitik...» «Wir wollen eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig und frei von Massenvernichtungswaffen ist, die sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit und weltweit auf militärische Einsätze verzichtet. Wir setzen auf Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen in Europa und weltweit.» [2a]					
- Asyl		«Das Grundrecht auf Asyl ist zu garantieren. Deshalb muss die Grenzschutz- agentur FRONTEX aufgelöst werden.»			Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung gefor- dert.	Bekenntnis zu einer europäischen Asyl politik.	
					Aufarbeitung der Pogrome und Vertreibungen nach 1945 gefordert.		
				«Wir setzen uns für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.» [4b, 5b]	«Wir setzen uns für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.» [4b, 5b]		

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatischer Vergleich

13/31

■

Russland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Schaffung einer übergreifenden Sicherheitsarchitektur» mit Russland [1a]	«[DIE LINKE will ein]... kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ,...» [2a]	« Russland , China und Indien sind für uns Zukunftsmärkte .» «Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die Europäische Union unverzichtbar.» [3a]	Strategische Partnerschaft der EU mit Russland.	Russland ist ein Schlüsselpartner.	Kritischer Dialog und pragmatische Zusammenarbeit mit Russland. [6b]	
	Sicherheit und Stabilität nur mit USA/R		«Russland als verantwortlicher Partner. Eine gute Kooperation mit Russland ist im vitalen deutschen und europäischen Interesse. Wir brauchen Russland als Partner in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Daher wollen wir die Bindung Russlands an Europa festigen, Russland bei seiner Moderni unterstützen und seine rechtsstaatliche Entwicklung fördern.» [3b]				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

14/31

■

Türkei	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Tür nach Europa für die Türkei offen» halten [1a]		«Die Türen offen halten. ... Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei , wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkan halten wir fest.»[3b]	Angebot einer Privilegierten Partnerschaft an die Türkei	Keine EU-Mitgliedschaft der Türkei.	« Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in den nächsten Jahren noch nicht an. » [6b]	
	Integrationsangebot an die Türkei (nicht weiter ausgeführt)						
	«Wir GRÜNE unterstützen die Beitrittsverhandlungen mit... der Türkei. Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei.» [1b]						

■

Europa (ohne EU, Russland)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	setzen auf europäische Einigung, Überwindung der Nationalstaaten;			Beziehung zu Frankreich ausbauen.	« Es gilt auch die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler aktiv zu vertreten. » [5a]		
	«Eine besondere Verantwortung trägt die EU für den <i>westlichen Balkan</i> . Wir GRÜNE wollen eine Heranführung dieser Staaten an die EU...» [1b]						

ENTWURF

■

Außenpolitik (ohne EU, Europapolitik)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	Streichung der Schulden der «Länder des „Südens“ in der Weltökonomie» [1a]						
	«Weiterentwicklung und Neuausrichtung der internationalen Institutionen wie WTO ⁵ , IWF ⁶ und Weltbank», UNEP [1a] (nicht weiter ausgeführt)		«Weltweite Finanzarchitektur neu ordnen. ... Wir treten ein für eine Stärkung von IWF und Weltbank ...» [3b]				
				«Schifffahrt braucht Sicherheit. Wir treten für die Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshof ein.» [4b, 5b]	«Schifffahrt braucht Sicherheit. Wir treten für die Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshof ein.» [4b, 5b]	Seewege sichern, Piraterie bekämpfen. [6b]	
- USA	Sicherheit und Stabilität nur mit USA/R		«Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Vereinigten Staaten erreichbar...» [3a]	In der Partnerschaft zu den USA immer wieder neue gemeinsame Standpunkte suchen. Ein Europa, das sich als Partner der USA versteht.	Enge partnerschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten..	Zollunion mit USA und Kanada vorgeschlagen.	
- China	n/a		«Russland, China und Indien sind für uns Zukunftsmärkte.» [3a]	n/a	China und Indien sowie der zentralasiatische Raum sollen in internationale strategische und wirtschaftliche Strukturen eingebunden werden.	China stärker an der Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligen. [6b] Ende der deutschen Entwicklungshilfe für China. [6b]	

5 WTO = World Trade Organisation (Welthandelsorganisation; die WTO ist **nicht** Teil oder Unterorganisation der UN))
 6 IWF = Internationaler Währungsfonds (IMF = International Monetary Fund; eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen)
 29.06.2012

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

17/31

Außenpolitik (ohne EU, Europapolitik)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- Naher/Mittlerer Osten / Israel	für das Existenzrecht Israels und für einen palästinensischen Staat; «Dialog mit dem Iran» [1b] (nicht weiter ausgeführt)		«Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. ... Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.» [3a] «Zentrales Ziel unser Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt, – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat,» [3b] «Im Konflikt über das Atomprogramm des Iran setzen wir uns für eine verhandelte Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen ein, die Koopera- tionsanreize bietet, aber auch Sanktionen – wenn notwendig – nicht ausschließt.» [3b]	Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen. Recht auf einen existenzfähigen palästinensischen Staat. Moderate Kräfte in den muslimisch geprägten Gesellschaften auf ihrem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unterstützen.	Existenzrecht Israels Recht auf einen lebensfähigen souveränen palästinensischen Staat. Beziehungen mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas ausbauen. « Der Nahe und Mittlere Osten ist für Deutschlands und Europas Sicherheit von schicksalhafter Bedeutung. » [5a]	Existenzrecht Israels als jüdischer Staat. [6a] Umfassender Friedensansatz im Nahen Osten. [6b] Diplomatie gegenüber dem Iran. [6b]	
- Afghanistan	«Strategiewechsel in Afghanistan» [1b] (nicht weiter ausgeführt)	«Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen» [2b]	«Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die Regierung muss Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein.» « [3b]	Bekenntnis zum Aufbau Afghanistans. [4b, 5b]	Bekenntnis zum Aufbau Afghanistans. [4b, 5b]	Stabilisierung Afghanistans. [6b]	

■

NATO	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	Mitgliedschaft (implizit) befürwortet	«Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. ... LINKE [wird] ... dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. » [2a]	Implizit befürwortet («Die Sozialdemokratie will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutschland, Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen gemeinsame Werte. Auf dieser Grundlage arbeiten sie auch in der NATO eng zusammen.» [3a]) «Die transatlantische Partnerschaft erneuern.» «Ein gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok. Die NATO bleibt wichtigster Garant unserer Sicherheit. Mit unseren Partnern wollen wir eine neue Verständigung über die zukünftige strategische Ausrichtung des Bündnisses erarbeiten, indem seine Verantwortung für Abrüstung und Rüstungskontrolle gestärkt wird.» [3b]	NATO bleibt unverzichtbar.	NATO bleibt unverzichtbar. Eventuelle weitere NATO-Beitritte dürfen die Handlungsfähigkeit des Bündnisses nicht schwächen.	« Das erfolgreichste Sicherheitsbündnis in der Geschichte, die NATO, ist Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft der westlichen Welt. » [6a] Wichtigster Anker deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sollte durch neue Elemente, wie eine Zollunion Europas mit USA und Kanada, gestärkt werden.	
		«Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden.» [2a]	«Wir treten ein für den Abzug sämtlicher Atomsprenköpfe, die auf deutschem Boden lagern.» [3a]				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

19/31

■

Sicherheitspolitik (allgemein/ohne NATO)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Die Bundeswehr darf nicht im Kontext klassischer Interventionen eingesetzt werden.» [1a]		«Jegliche Form von Angriffs- und Präventiv- kriegten lehnen wir ab.» [3a]	Auftrag der Bundeswehr lässt sich nicht mehr auf die klassische Bündnis- und Landesverteidigung auf eigenem Territorium begrenzen.		Kultur militärischer Zurückhaltung. Einsatz von Streitkräften immer nur letzte Option. Vor dem Einsatz militärischer Mittel muss immer eine Exit- Strategie formuliert sein. Sicherheitspolitik muss eine zivil ausgerichtete Präventionspolitik sein. Bekämpfung der Ursachen, nicht nur der Symptome von Konflikten. [6a]	
	«Ziel und Grenzen des Einsatzes bedürfen der Zustimmung des Bundestages. Einschränkungen dieses Parlamentsvorbehaltes lehnen wir ab. Wir streben an, dass der Bundestag durch Verfassungsänderung dafür eine Zweidrittelmehrheit fest- setzt.» [1a]	«Wir fordern das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN- mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta.» [2a]	«Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.»[3a] «Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert ... sein.» [3b]				

Sicherheitspolitik (allgemein/ohne NATO)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Einsätze des Bündnisses zur Sicherung von „nationalen Interessen“ wie Rohstoffzufuhr und Handelswege oder im Dienste einer klassischen Hegemonialpolitik lehnen wir ab ...» [1a]			Eine Sicherheitsstrategie, die auch Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. Sicherheit internationaler Handelswege.	Versorgungs- und Ressourcensicherheit ebenso berücksichtigen. «Gewährleistung der Energieversorgung Deutschlands und Europas ist in hohem Maße Aufgabe unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.» [5a]	Kurze Erwähnung der Rohstofffrage.	

■

Friedenspolitik	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
		«Wir schlagen daher die Einrichtung eines zivilen Hilfskorps vor - das Willy-Brandt-Korps für internationale Katastrophenhilfe. Es ist die friedliche Alternative zur Armee im Einsatz.» [2a]		Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte.	Afrika: Maßnahmen gefordert um die Ursachen von Bürgerkriegen und Migration (nach Europa) zu verringern.	« Liberale Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik. » [6a] Weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle. « Abrüstung jetzt! » [6b]	

■

Internationale Organisationen (ohne EU, NATO)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- UNO		«Gewaltmonopol der Vereinten Nationen» [2b]			Stärkung der UNO.	Bekenntnis zur UNO. [6a] Länder wie Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika müssen angesichts ihrer wachsenden Bedeutung auch stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden. [6b]	
	Zusammenfassung und institutionelle Stärkung von United Nations Environment Programme (UNEP), Global Environment Facility (GEF), Commission on Sustainable Development (CSD)	« Internationale Institutionen müssen demokratisiert werden.» [2a] « DIE LINKE fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen zivilen Kapazitäten unter dem Dach der UNO.» [2a]	Institutionen reformieren und demokratisieren; «für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik» [3a]				
	friedensbewahrende Einsätze müssen «mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN Charta erfolgen und multinational getragen werden»						
	«Wir setzen uns für einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat ein.» [1b]		angemessene Beteiligung aller Kontinente sicherzustellen	Ständiger Sitz im Sicherheitsrat für die Europäische Union. «Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit einen ständigen Sicherheitsratssitz zu übernehmen.» [4a]	Ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat, solange ein gemeinsamer ständiger Sitz für die EU nicht erreicht ist.	Solange ein Sitz für die EU nicht zustande kommt, wäre ein eigener deutscher Sitz die zweitbeste Lösung. [6b]	

ENTWURF

Internationale Organisationen (ohne EU, NATO)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Wir wollen [Internationalen Strafgerichtshof] weiter stärken und setzen uns dafür ein, dass die Tatbestände, die er verhandeln kann, ausgeweitet werden.» [1b]		«[die UNO] ausbauen als oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung»; internationale Gerichtsbarkeit stärken [3a] «Internationale Strafgerichtsbarkeit stärken.» [3b]				
- OSZE ⁷ o.ä.	OSZE: wichtige Rolle; Stärkung		OSZE-ähnliche Strukturen für andere Weltregionen errichten	n/a	n/a	Bekenntnis zur OSZE.	
- Andere	Stärkung von UNEP, ILO ⁸ und UNDP ⁹		ILO stärken			Bekenntnis zum Europarat.	
- G8	«[Die] G8-Staaten [müssen] die vielfachen gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten nutzen, Steueroasen auszutrocknen.» [1a] «Der exklusive Club der G8 ist für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet.» [1b]		«Wir wollen die Gü um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, <i>um die politische Globalisierung voranzutreiben.</i> » [3b] ¹⁰	n/a	n/a	n/a	
- G20				n/a	n/a	n/a	
- WTO	«In der Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) darf nicht länger die Handelsliberalisierung einseitig im Zentrum stehen. Wir wollen vielmehr anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards verankern, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen.» [1b]			WTO stärken. Besserer Patentschutz über WTO durchsetzen			

7 OSZE = Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
 8 ILO = International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen)
 9 UNDP = UN Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, ein Exekutivausschuss innerhalb der UN-Generalversammlung)
 10 Das ist ja wohl in der Form der G20 geschehen. [JS]
 29.06.2012

Internationale Organisationen (ohne EU, NATO)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- IWF/Weltbank		«IWF und Weltbank demokratisch reformieren und vollständig in das UN-System einbinden.» [2b]					

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatischer Vergleich

25/31

■

Entwicklungspolitik	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- allgemein		«Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit muss endlich in Höhe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geleistet werden, wie es bereits vor Jahrzehnten vereinbart wurde.» [2a]		Umweltschutz ist Teil der Entwicklungspolitik. Bekenntnis zu 0,7% des BIP.	Ausbau der Mikrofinanzierung. Kooperationen von Unternehmen mit Entwicklungsländern ausbauen.	Demokratie und Korruptionsbekämpfung ist zwingende Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt	
- Milleniumsziele	«Wir wollen die Millenniums-Entwicklungsziele der UN schnellstmöglich umsetzen und kämpfen weiter dafür, bis 2015 Armut und Hunger in der Welt wenigstens zu halbieren.» [1b]	«Deutschland und die EU müssen die „Milleniumsziele“ der UNO nachdrücklich unterstützen ...» [2b]	«Milleniums-Entwicklungsziele erreichen.» [3b]				

■

Wehrpflicht ¹¹	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Der Grundrechtseingriff der Wehrpflicht ist angesichts der grundlegend veränderten Aufgaben der Bundeswehr nicht mehr legitimierbar.» [1a]		«Die gesellschaftliche Verankerung und die Akzeptanz der Bundeswehr müssen erhalten bleiben. Die Fortentwicklung der Wehrpflicht ist hierfür ein Garant. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der Freiwilligkeit beim Wehrdienst ein.» [3a] «Die Wehrpflicht weiterentwickeln. Wir setzen auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.» [3b]	Wir bekennen uns zur Wehrpflicht	Ausdehnung der Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer (inkl. Dienste im Zivil- und Katastrophenschutz). Bessere Anrechnung von Freiwilligendiensten.	n/a	

¹¹ Rechtlich gesehen existiert die Wehrpflicht noch (Art. 12a GG), sie wird aber nicht mehr angewandt.
29.06.2012

Wehrpflicht	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
	«Die Bundeswehr muss europatauglicher und UN-fähiger werden. Wir wollen die Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, den Zivildienst umwandeln und die Freiwilligendienste ausbauen. In der Bundeswehr wollen wir einen freiwilligen militärischen Kurzdienst von zwölf bis 24 Monaten einführen, der Frauen und Männern offen steht. Die Bundeswehr soll eine Freiwilligenarmee im Auftrag des Parlamentes werden. Ihre Kernaufgabe in internationalen Einsätzen ist es zu stabilisieren und zu schützen, um nicht kämpfen zu müssen.» [1b]						
			«Jeder Mensch hat das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Dieses Recht gilt es auch international durchzusetzen.» [3a]				

ENTWURF

FG Außen- und Sicherheitspolitik München

Programmatrischer Vergleich

28/31

■

Waffensysteme	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
- allgemein			<p>«[Die SPD will] für eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung der Bundeswehr zu sorgen ...» [3b]</p> <p>«Wir befürworten eine europäische Lösung für die Übungskapazitäten der europäischen NATO-Luftstreitkräfte.» [3b]</p>				
- Antipersonen-Minen			<p>«Wir setzen uns für die Einhaltung der Ächtung von Antipersonenminen und für die Durchsetzung des völkerrechtlichen Verbots von Streumunition ein. Wir fordern, die Raketenabwehr in die vertragliche Rüstungskontrolle einzubeziehen.» [3b]</p>	n/a	n/a	n/a	
- Landminen (andere)				n/a	n/a	n/a	
- Streumunition			s.o.	n/a	n/a	n/a	

■

Terrorismus/Gefahren	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP	Piraten
				<p>«Deutschland und Europa können von überall auf der Welt her bedroht werden. »</p> <p>« Terroranschläge und asymmetrische Bedrohungen fordern unsere Kultur heraus. Neue Bedrohungen für die Sicherheit entstehen auch im Inneren. » [4a]</p> <p>Asymmetrische Bedrohungen sind die neue Gefahr.</p>	<p>«Die vernetzte Welt ist kein idyllisches Dorf. Handelnde sind nicht mehr Staaten alleine, sondern ebenso ethnische und religiös-fundamentalistische Gruppen, private Kriegsunternehmer sowie kriminelle und terroristische Netzwerke.»</p> <p>« Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts des internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen fließend geworden. » [5a]</p>	<p>Zur Eindämmung des Internationalen Terrorismus bedarf es eines langfristigen Ansatzes, der ebenso entwicklungspolitische, Maßnahmen einschließt.</p> <p>Auch Finanz- und Wirtschaftskrisen können Staaten destabilisieren.</p>	

Bewertungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	CDU	CSU	FDP
<p>Grundsatzprogramm[1a]: sehr allgemein; praktisch werden keine Maßnahmen außer auf höchster UN-Ebene gefordert; bleiben sehr wolkig; man muss allerdings auch sehen, dass das grüne Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2002 stammt (und in diesem Vergleich das älteste ist) und in Teilen von den Ereignissen überrollt worden ist;</p>			<p>Trotz naturgegebener Nähe zum Programm der CSU liest sich das der CDU viel klarer (prägnantere Aussagen, kürzere Sätze, Aussagen die auf den Punkt kommen).</p>	<p>Sehr wertebetonantes Programm. Umständliche Formulierungen. Beinhaltet Forderungen für die nach 1945 Vertriebenen. Eklatante Wissenslücken über den politischen Status-Quo Lateinamerikas.</p>	<p>Modernes Grundsatzprogramm (2012). Konkret wird es nur im Wahlprogramm, das eher unsortiert daher kommt.</p>
<p>Die Grünen sind überheblich, anmaßend, auch wenn sie es wohlmeinen - «Um die Globalisierung gerecht zu gestalten ... » Ein totales Missverständnis. Nach Francis Fukuyama ist die Globalisierung das Programm für die Refinanzierung des US-Imperialismus des späten 20. Jahrhunderts [Francis Fukuyama: America at the Crossroads, Yale University Press, 2006]</p>					

Endnotes

- i **[Testeintrag]** Nuklearwaffen müssen abgeschafft und dauerhaft verboten werden.